



SECHS VORSCHLÄGE FÜR EINE BESSERE BILDUNGSPOLITIK

Stand: Mai 2024



Andrea Heimberger, MSc
DIREKTORIN

Andreas Stangl
PRÄSIDENT

**BILDUNG ALS SCHLÜSSEL ZU
GESELLSCHAFTLICHER TEILHABE**

Bildung ist eine wesentliche Voraussetzung für soziale und demokratische Teilhabe, Selbstermächtigung sowie einen guten Einstieg und Verbleib im Berufsleben. Die Chancen und Möglichkeiten unserer Kinder und Jugendlichen hängen davon ab, wie gut unser Bildungssystem in der Lage ist, Stärken zu fördern, Potenziale zu wecken, Schwächen auszugleichen und Bildungsabbrüche zu verhindern. Es geht hier nicht zuletzt um die Fachkräfte der Zukunft.

Den ersten Bildungseinrichtungen – Krabbelstube, Kindergarten und Schule – kommt hier eine zentrale Rolle zu. Die Wichtigkeit und Wirkung früher, qualitativvoller Förderung ist wissenschaftlich vielfach belegt. Allerdings schafft es unser Schulsystem derzeit nicht, soziale Ungleichheiten zu kompensieren. Bildungswegentscheidungen hängen nach wie vor in großem Ausmaß vom Bildungsabschluss der Eltern ab. Dieses Muster zieht sich bis zur Hochschule durch: Kinder von Akademiker:innen schaffen es viel häufiger an Universitäten und Fachhochschulen als Arbeiterkinder.

Auch in Sachen Ausbildungsabbruch gibt es Handlungsbedarf: Während der Anteil junger Menschen, die frühzeitig die Schule oder ihre Ausbildung abbrechen, im EU-Durchschnitt zurückgeht, entwickelt sich Österreich gegen diesen Trend. Hier erscheinen viele der Probleme hausgemacht und sind vor allem mit (bildungs-)politischem Willen lösbar.

Das gleiche gilt für den Weg zurück ins Bildungssystem nach dem Abbruch einer Ausbildung. Erprobte Modelle wie das erfolgreiche Sozialpartner-Projekt „Du kannst was!“ zum Nachholen eines Lehrabschlusses existieren und können jederzeit großflächig ausgerollt werden. Gerade die Anerkennung von bereits erworbenen Kompetenzen auf einen Ausbildungsabschluss ist ein wirkungsvolles Instrument in der Gestaltung des Weges zu Bildung.

Die Arbeiterkammer Oberösterreich hat in dieser Broschüre die wichtigsten Hebel zur Verbesserung der Bildungspolitik und ihre zentralsten Forderungen kompakt zusammengefasst. Diese Zusammenschau soll verdeutlichen: Die wissenschaftlichen, sozialen und pädagogischen Befunde liegen (seit Jahren) auf dem Tisch, es ist höchste Zeit zu handeln.

Andrea Heimberger, MSc
Direktorin

Andreas Stangl
Präsident



Bildung als Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe	2
Kinderbildung und frühe Förderung in den Fokus rücken	4
Ausbau ganztägiger Schulen vorantreiben	6
Berufliche Erstausbildung stärken	8
Frühe Ausbildungsabbrüche verhindern und das Nachholen von Bildungsabschlüssen ermöglichen	10
Hochschulen ausbauen statt aushungern	12
Weiterbildung nicht nur ermöglichen, sondern fördern	14
Impressum	16

KINDERBILDUNG UND FRÜHE FÖRDERUNG IN DEN FOKUS RÜCKEN

Es ist unbestritten, dass frühe Förderung positive Effekte auf die Entwicklung von Kindern hat. Frühe Förderung sorgt für mehr Chancengerechtigkeit, schafft bessere Voraussetzungen für den weiteren Bildungsweg und dadurch bessere soziale Teilhabe. Eine qualitativ hochwertige und gut ausgebaut Struktur der Kinderbildung und Kinderbetreuung hat darüber hinaus auch positive Effekte auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und auf die Erwerbsbeteiligung der Eltern, vor allem der Mütter.

Obwohl die Wirkungen bekannt sind, findet der qualitätsvolle Ausbau der Kinderbildungseinrichtungen nur sehr schleppend statt. Gerade Oberösterreich hinkt im Bundesländervergleich hinterher und ist in den vergangenen Jahren in der Entwicklung eher weiter zurückgefallen.

Qualitätsvoller Ausbau für die beste frühe Förderung

Besonders weit zurück liegt Oberösterreich bei den Plätzen für Unter-Dreijährige, die

eine Vollzeitbeschäftigung der Eltern ermöglichen (sogenannte VIF-Plätze). Gerade einmal für 5 Prozent aller Kinder dieser Altersgruppe gibt es ein Angebot. Damit liegt Oberösterreich in dieser Kategorie abgeschlagen an letzter Stelle im Bundesländer-Ranking. In den letzten fünf Jahren hat sich der Abstand zu sieben der acht restlichen Bundesländer vergrößert.

Aktuell ist der weitere Ausbau auch durch die zu geringe Zahl an ausgebildeten pädagogischen Fachkräften gebremst. Im Sinne der Beschäftigten in diesem Bereich gilt es vor allem auch das Ansehen der Tätigkeit in der Öffentlichkeit von der „Aufsicht“ hin zur „pädagogischen Expertise“ zu verändern und für die Rahmenbedingungen zu sorgen, dass diese pädagogische Arbeit auch möglich ist. Volle Gruppen, fehlendes Personal und mangelhafte Öffnungszeiten beschneiden die Bildungschancen unserer Kinder und haben gravierende Auswirkungen auf den weiteren Bildungsweg und damit die gesellschaftliche Teilhabe.



DIE AK OBERÖSTERREICH FORDERT:

- einen bundesweit verbindlichen Qualitätsrahmenplan für Krabbelstuben und Kindergärten.
- ein zweites verpflichtendes kostenloses Kindergartenjahr für alle Kinder. Zudem soll es einen Rechtsanspruch auf einen qualitätsvollen institutionellen Betreuungsplatz ab dem zweiten Lebensjahr bis zum Ende der Sekundarstufe I geben.
- eine Ausbildungsoffensive in der Kinderbildung und Kinderbetreuung, um fehlendes Personal rasch besetzen zu können.
- die Verbesserung der Sprachförderung im Kindergarten.
- die Rücknahme der Elternbeiträge für die Nachmittagsbetreuung.

→ HINWEIS

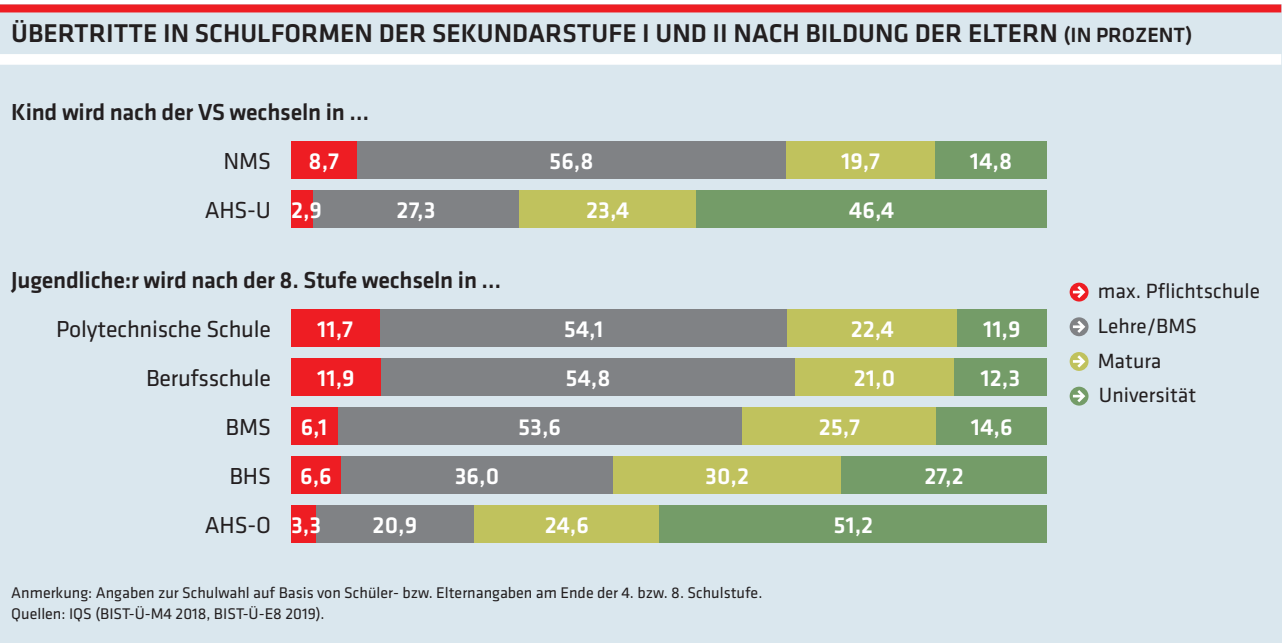
VIF-Kriterien

- ▶ Einrichtungen müssen an mindestens 47 Wochen im Jahr und 45 Stunden pro Woche geöffnet sein.
- ▶ Jeweils Montag bis Freitag, an vier Tagen zumindest 9,5 Stunden
- ▶ ein warmes Mittagessen an fünf Tagen

AUSBAU GANZTÄGIGER SCHULEN VORANTREIBEN

Das österreichische Bildungssystem schafft es nicht, die bestehenden strukturellen Ungleichheiten im schulischen Kontext zu glätten. Ganz im Gegenteil: Bildung wird in Österreich nach wie vor vererbt. Besonders deutlich zeigt sich das beim Schulübertritt.

Nur drei von 100 Schulkindern, deren Eltern höchstens ein Pflichtschulabschluss haben, wechseln auf ein Gymnasium. Diese frühe Trennung – statt einer gemeinsamen Schule bis zum Ende der Pflichtschulzeit – bestimmt vielfach den weiteren Bildungsweg.



Schulkosten senken

Angeheizt wird diese Dynamik durch die Inflation: Eltern in Oberösterreich mussten im Schuljahr 2022/23 inklusive Sommerferien durchschnittlich Kosten in der Höhe von 2.656 Euro pro Schulkind tragen. Besonders hart trifft das Familien mit geringem Haushaltseinkommen, Alleinerzieherinnen und Eltern mit drei oder mehr Schulkindern.

Kostenloser Förderunterricht für alle – Abkehr von der frühen Selektion

Lernen, Üben und Wiederholen hat im aktuellen Schulsystem vielfach keinen Platz und findet daher meistens zu Hause statt. Die fehlende individuelle Förderung und die erheblichen strukturellen Unterschiede im öster-

reichischen Schulsystem werden dabei deutlich spürbar. Je höher die Bildung der Eltern ist, desto geringer sind die Schwierigkeiten, die die Kinder mit dem Lernstoff haben. Erste Schwierigkeiten treten vielfach bereits in der Volksschule auf und nehmen mit steigender Schulstufe zu. Familien, die es sich leisten können, unterstützen ihre Kinder mit teurer privater Nachhilfe.

Aus der Schulkosten-Erhebung der Arbeiterkammer Oberösterreich geht hervor, dass sich die Eltern den Ausbau von kostenlosem Förderunterricht, mehr finanzielle Förderung von Schulausflügen, psychologische Beratungs- und Begleitungsangebote sowie den Ausbau der Nachmittagsbetreuung bzw. der Ganztagschule und mehr Unterstützung bei den Hausaufgaben wünschen.



DIE AK OBERÖSTERREICH FORDERT:

- die gemeinsame Schule für alle 6- bis 15-Jährigen.
- eine gerechte und transparente Schulfinanzierung nach dem AK-Chancen-Index.
- die Erhöhung und sozial gerechte Gestaltung der Schul- und Heimbeihilfen.
- den nachhaltigen Abbau von Schulkosten und einen kostenbewussten Umgang bei Schulmaterialien und Schulveranstaltungen.
- kostenlose schulische Förderung für alle, die sie brauchen.
- einen Schulfonds zur Unterstützung für Schulveranstaltungen, Exkursionen und für Aktivitäten im Klassenverband.
- ein flächendeckendes, gebührenfreies Angebot an Ganztagschulen, vor allem in einer Form, in der Lernen, Freizeit, Üben und Bewegung einander abwechseln. Ein Rechtsanspruch auf einen Platz in einer echten Ganztagschule muss umgesetzt werden.

BERUFLICHE ERSTAUSBILDUNG STÄRKEN

Die berufliche Erstausbildung hat aus Arbeitnehmersicht einen hohen Stellenwert. Beispielsweise sichern die Berufsbildenden Höheren Schulen (BHS) breiten Schichten einen guten Zugang zu höherer und akademischer Bildung. Auch die – international anerkannte – Lehre und die Fachschulen können jungen Arbeitnehmer:innen gute Perspektiven im Berufsleben vermitteln. Die unterschiedlichen Wege der beruflichen Erstausbildung müssen jedoch noch besser aufeinander abgestimmt und gegenseitige Anrechnungsmöglichkeiten zwischen den Ausbildungsformen intensiviert werden.

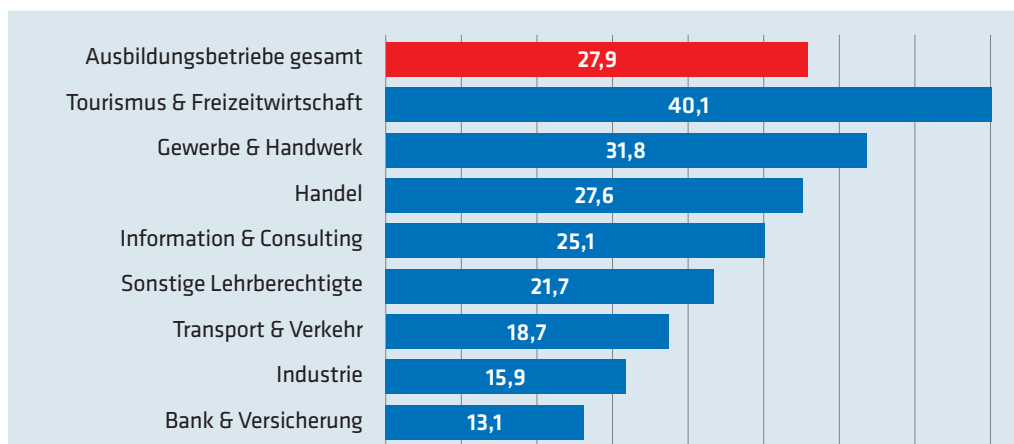
Die duale Ausbildung ist ein wichtiges Standbein des österreichischen Berufsbildungssystems. Die Sicherung der Ausbildungsqualität soll in allen Lehrbetrieben durch ein verpflichtendes Qualitätsmanagement garantiert werden. Das soll sicherstellen, dass das Berufsbild umfassend vermittelt wird, denn in manchen Betrieben und Branchen erreichen auffallend viele Lehrlinge den Lehrab-

schluss nicht. Das Ausbildungssystem unterscheidet derzeit viel zu wenig zwischen Unternehmen, die ordentlich ein ganzes Berufsfeld vermitteln, und denen, die Lehrlinge einfach als billige Hilfskräfte einsetzen. Die Herausforderung für die Qualitätssicherung der Zukunft ist, dass es kein Zufall sein darf, ob die Ausbildung das geforderte Level erreicht. Es braucht daher gezielte Maßnahmen für gute Ausbildungsplätze.

Lehrabbrüche reduzieren

In Oberösterreich sind im Jahr 2022 von 7.052 beendeten Lehrverhältnissen 5.390 positiv mit einer Lehrabschlussprüfung (LAP) absolviert worden, das sind etwas mehr als drei Viertel (76,4 Prozent). 1.662 Jugendliche haben die Lehrausbildung nicht erfolgreich beendet. 14,6 Prozent haben die Lehre abgebrochen, 5,1 Prozent haben die LAP nicht bestanden und 3,8 Prozent sind nicht zur Prüfung angetreten.

LEHRLINGE OHNE ERFOLGREICHEN ABSCHLUSS NACH BRANCHEN (ÖSTERREICH, IN PROZENT)



Quelle: WKÖ, Qualitätsmanagement in der Lehrausbildung, Jahresbericht 2022, eigene Darstellung
Definition: Abbrecher:innen+negative LAP+LAP nicht angetreten



DIE AK OBERÖSTERREICH FORDERT:

- **verstärkte Angebote zur stärken- und interessengeleiteten Berufs- und Bildungswegorientierung.**
- **kontinuierliche Sicherstellung der Ausbildungsqualität, damit die Betriebe ihre Ausbildungspflicht erfüllen.**
- **die Verbesserung des Prüfungssystems in der dualen Ausbildung: Zeitgemäße, transparente, zielgruppengerecht aufbereitete Prüfungsanforderungen und inhalte, Teilprüfungen zur Mitte der Lehrzeit.**
- **ausreichend bedarfsgerechte Ausbildungsmöglichkeiten im Rahmen der Ausbildungspflicht bis 18.**
- **die Rücknahme der Kürzungen bei der Ausbildungsbeihilfe für junge Erwachsene in überbetrieblichen Lehrausbildungen. Die Lehrstellenförderung soll vor allem von der Qualität der Ausbildung abhängen und auch Anreize zur Unterstützung lernschwächerer und benachteiligter Jugendlicher schaffen.**

Die Anteile an Lehrlingen ohne erfolgreichen Lehrabschluss unterscheiden sich stark nach Branchen. Im Tourismus brechen rund 40 Prozent die Lehre ab, in der Industrie 16 Prozent. Wer seine Lehre nicht erfolgreich absolviert, hat ein viel größeres Risiko, ausgegrenzt zu werden. Es muss daher oberste Pri-

orität sein, dafür zu sorgen, dass Jugendliche zu einem Ausbildungsabschluss gelangen. Die überbetriebliche Lehrausbildung (ÜBA) ist hier ein wichtiges Instrument, das nicht als Konkurrenz zur betrieblichen Lehrausbildung, sondern als Ergänzung zu sehen ist.

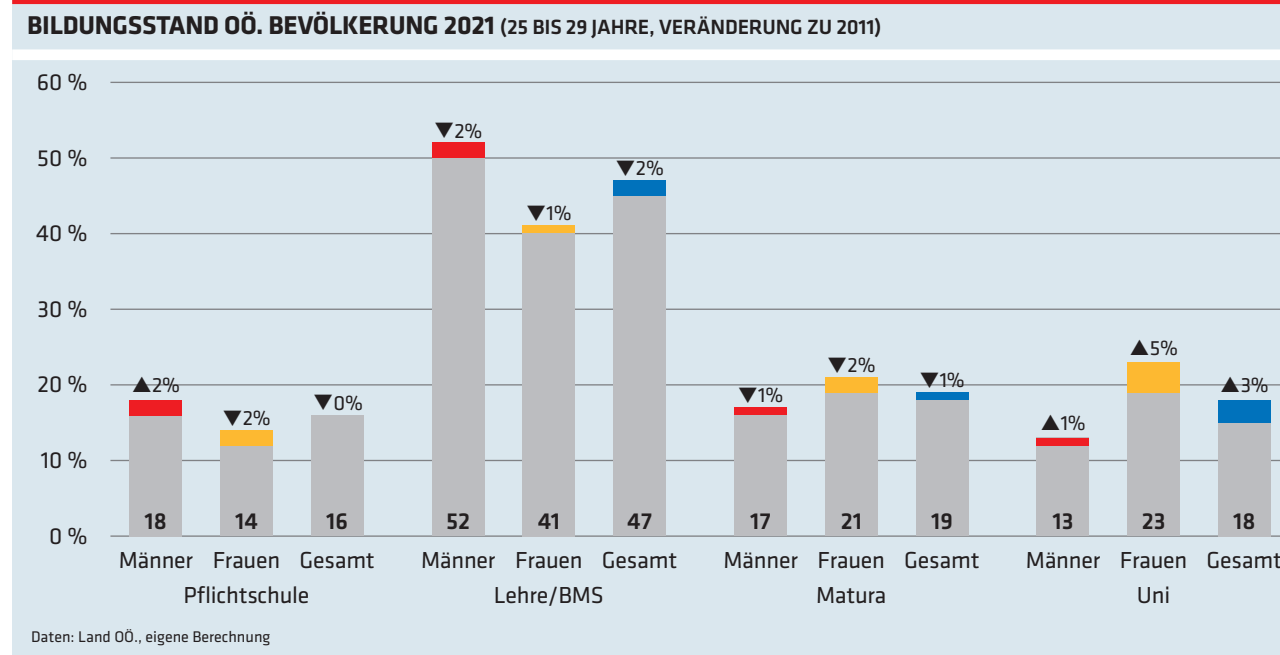
FRÜHE AUSBILDUNGSABBRÜCHE VERHINDERN UND DAS NACHHOLEN VON BILDUNGSABSCHLÜSSEN ERMÖGLICHEN

Der frühe Ausstieg aus dem Bildungssystem hat unterschiedliche Gründe und kann zu unterschiedlichen Zeitpunkten stattfinden. Zum Teil verlassen junge Menschen das Bildungssystem nach der Erfüllung der Schulpflicht, zum Teil beginnen sie eine weiterführende Schule oder Lehre, die sie im Verlauf der Ausbildung vorzeitig abbrechen. In den vergangenen Jahren haben viele Maßnahmen auf die Gruppe der 15- bis 18-Jährigen abgezielt, etwa die Ausbildungspflicht bis zum 18. Lebensjahr.

Das Bildungsniveau junger Menschen in Oberösterreich ist zwar in den vergangenen zehn Jahren gestiegen. Heute hat fast ein Viertel der jungen Frauen im Alter von 25 bis 29 Jahren einen Universitätsabschluss, gegen-

über 13 Prozent der jungen Männer in dieser Altersgruppe. Aber die Schere geht weiter auf.

Das Problem des frühzeitigen Verlassens des Bildungssystems ist deutlich am unteren Ende der Skala der Bildungsniveaus abzulesen. Insgesamt 18 Prozent der jungen Männer und 14 Prozent der jungen Frauen im Alter von 25 bis 29 Jahren verfügen über höchstens einen Pflichtschulabschluss.



Lesehinweis: Die roten, gelben und blauen Felder zeigen die Veränderung des Bildungsstandes der Bevölkerung zwischen 2011 und 2021. Beispiel: Der Anteil der Männer im Alter zwischen 25 und 29 Jahren, die höchstens über einen Pflichtschulabschluss verfügen, ist zwischen 2011 und 2021 um 2 Prozentpunkte gestiegen, während er bei Frauen um 2 Prozentpunkte gesunken ist.



DIE AK OBERÖSTERREICH FORDERT:

- den Ausbau sozialraumorientierter, aufsuchender Jugendarbeit, um Jugendliche zu motivieren, die Ausbildung fortzusetzen bzw. nicht abubrechen.
- die rasche Erweiterung der Kapazitäten des kostenlosen psychologischen und psychotherapeutischen Angebots für Jugendliche und junge Erwachsene.
- Freifahrt und ein Jugendticket-Netz für alle Jugendlichen in Ausbildung – auch für jene, die sich in Produktionsschulen, Berufsorientierungskursen und Stabilisierungsprojekten befinden.

Jugendliche und junge Erwachsene mit geringer Bildung sind besonders stark von sozialer Ausgrenzung betroffen. Neben fehlender – weil nicht im regulären Bildungsweg vermittelter – Kompetenzen und Qualifikation fehlen auch Erfolgserlebnisse, Netzwerke und Beziehungen sowie berufliche Erfahrungen, die den Wiedereinstieg in das Bildungssystem bzw. den Einstieg in den Arbeitsmarkt erleichtern könnten.

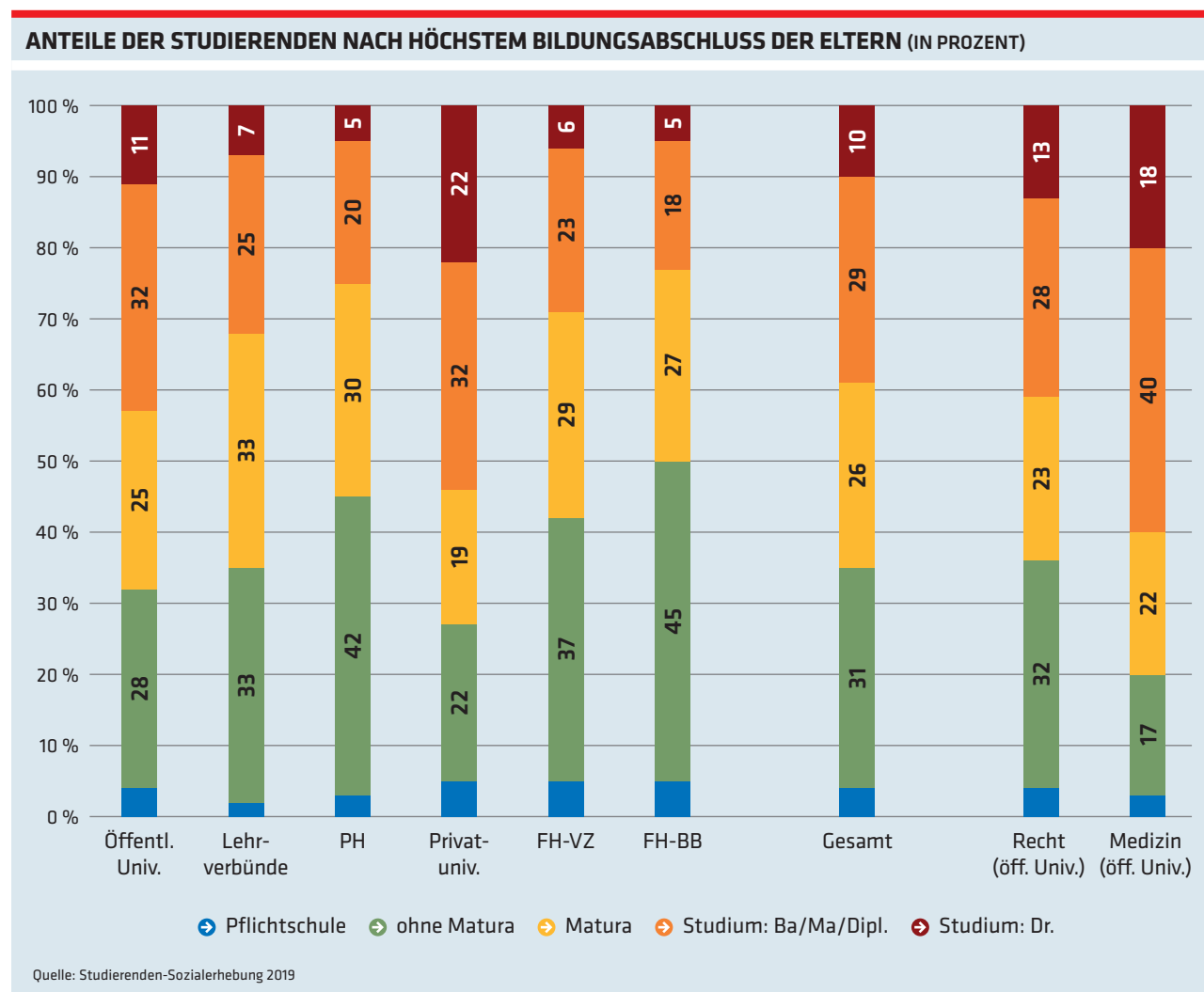
Während die Anteile der frühzeitigen Schul- und Ausbildungsabbrecher:innen im EU-Durchschnitt zurückgehen, entwickelt sich Österreich gegen diesen Trend. Das bedeutet wesentlich höhere Arbeitslosigkeit, geringeres Einkommen und mit fortschreitendem Alter brüchige Erwerbskarrieren.

Um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken, muss bildungs- und gesellschaftspolitisch auf zwei Ebenen angesetzt werden: Erstens braucht es größere Anstrengungen, junge Menschen, insbesondere junge Männer, im formalen Bildungssystem zu halten. Die zweite Ebene betrifft jene Menschen, die das Bildungssystem bereits verlassen haben. Ihnen müssen Wege zurück in das Bildungssystem geebnet werden. Anschließend müssen sie darin begleitet und bestärkt werden, eine Ausbildung im zweiten Bildungsweg nachzuholen. Auch die Anerkennung von bereits erworbenen Kompetenzen auf einen Lehrabschluss ist ein wirkungsvoller Hebel zur Erlangung eines Bildungsabschlusses. Die Angebote müssen berufsbegleitend, einladend und vor allem potenzialorientiert gestaltet sein.

HOCHSCHULEN AUSBAUEN STATT AUSHUNGERN

Über den Besuch einer Universität und einer Fachhochschule entscheidet der soziale Hintergrund: Die Wahrscheinlichkeit, ein Studium aufzunehmen, ist für Personen, deren Eltern Matura haben, mehr als doppelt so hoch wie für jene, deren Eltern keine Matura haben. Zudem nehmen Studierende, deren Eltern über ein geringeres formales Bildungsniveau verfügen, später ein Studium auf als jene, deren Eltern über mindestens die Matura verfügen.

Die schrittweise Ausweitung von formalen Zugangsbeschränkungen und Aufnahmeprüfungen sowie Barrieren in Form von Studiengebühren verengen diesen Zugang noch mehr. Die Auswirkung dieser restriktiven Hochschulpolitik ist auch in der vergleichsweise niedrigen Akademikerquote in Österreich abgebildet: Nur 21 Prozent der Bürger:innen im Alter von 25 bis 64 Jahren verfügen über ein abgeschlossenes Studium, im OECD-Durchschnitt sind es 34 Prozent.



Lesehinweis: Kinder, deren Eltern einen Pflichtschulabschluss als höchsten Bildungsabschluss haben, sind in sämtlichen Hochschulbereichen deutlich unterrepräsentiert und kommen über einen Anteil von 5 Prozent nicht hinaus. Kinder von Eltern mit Doktoratsabschlüssen machen 18 Prozent der Medizinstudierenden an öffentlichen Universitäten aus.

Erklärung: PH = Pädagogische Hochschule, FH-VZ = Fachhochschule Vollzeit, FH-BB = Fachhochschule berufsbegleitend



DIE AK OBERÖSTERREICH FORDERT:

- **Kostenfreiheit für Zugangsberechtigungen zum tertiären Bildungssektor, die im 2. Bildungsweg nachgeholt werden.**
- **die Erhöhung und sozial gerechte Gestaltung der Studienbeihilfen.**
- **die Abschaffung der Studiengebühren an den Fachhochschulen und für berufstätige Studierende an den Universitäten.**
- **die ausreichende Anzahl an Studienplätzen sowie ausreichende Finanzierung der Universitäten und Hochschulen aus öffentlichen Mitteln.**
- **die besondere Berücksichtigung berufstätiger Studierender bei der Mittelzuweisung an Universitäten.**

Ein wesentlicher Faktor neben der Selektion durch den Bildungsstand der Eltern, der auch die Schulwahl und damit den Zugang zur Hochschule bestimmt, ist die Frage der Leistbarkeit des Studiums. Österreich verfügt über ein System der Studienförderung, das insbesondere jungen Menschen aus Familien mit geringem Einkommen ein Studium ermöglichen soll. Um diesen Effekt zu erzielen, muss bei der Gestaltung der Beihilfe noch mehr auf Arbeitnehmerfamilien geachtet werden.

Zwei Drittel der Studierenden arbeiten neben dem Studium, der Großteil (69 Prozent) davon, um sich das Studium leisten zu können. Studierende aus Familien mit geringer formaler Bildung arbeiten häufiger als Studierende aus bildungsnahen Familien. Darüber hinaus sind Studierende von der Teuerung und den steigenden Wohnkosten besonders betroffen. Das erhöht den Druck und das Risiko des Studienabbruchs.

Die Hälfte der erwerbstätigen Studierenden gibt an, dass es für sie schwierig ist, Studium und Beruf unter einen Hut zu bringen. Neben einer Ausweitung der Studienbeihilfe ist auch eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Studium und Beruf bzw. Studium und anderen Verpflichtungen (Kinderbetreuung, Pflege von Angehörigen) essentiell, um Studienabbrüche zu vermeiden.

Hochschulsektor ausbauen

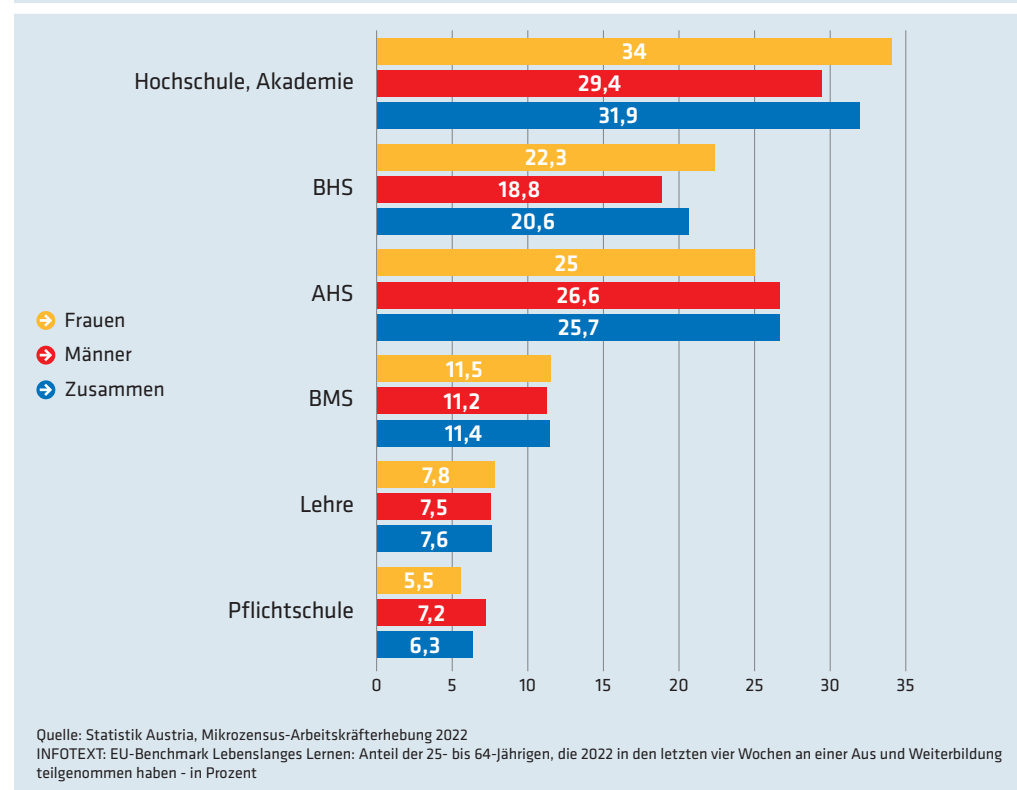
Neben den Universitäten spielen Fachhochschulen insbesondere in Oberösterreich eine zentrale Rolle im tertiären Bildungssektor. Neben ihrer berufspraktischen Relevanz eröffnen die Fachhochschulen auch eher den Zugang zum Hochschulsektor für junge Menschen, deren Eltern nicht über eine Matura bzw. einen Studienabschluss verfügen. Nicht zuletzt aus diesem Grund ist es wichtig, den Fachhochschulsektor konsequent und nachhaltig auszubauen.

WEITERBILDUNG NICHT NUR ERMÖGLICHEN, SONDERN FÖRDERN

Bildung hört nicht mit der Ausbildung oder dem Studienabschluss auf. Kompetenzen und Fähigkeiten müssen immer wieder erneuert und erweitert werden, um in der Arbeitswelt bestehen zu können. Wichtigste Motive für Weiterbildung sind das Nachholen von Berufs- und Bildungsabschlüssen, Wünsche nach einem Berufswechsel, eine Verbesserung der beruflichen Position und

die Sicherung der Beschäftigung. Berufliche Weiterbildung ist vielfach Privatsache: Arbeitnehmer:innen, die sich weiterbilden möchten – und dazu sind sehr viele bereit –, müssen überwiegend die Kosten dafür selbst tragen und ihre Freizeit opfern. Von guter Qualifikation profitieren aber nicht nur jeder Einzelne, sondern auch Arbeitgeber:innen, Wirtschaft und Gesellschaft.

BETEILIGUNG AN ERWACHSENENBILDUNG STEIGT MIT BILDUNGSHÖHE (IN PROZENT)



Erwachsenenbildung als 4. Säule des Bildungssystems etablieren

Es braucht eine nationale Weiterbildungsstrategie unter Einbeziehung aller relevanten Akteur:innen zur Schaffung transparenter Förderstrukturen sowie der Schließung bestehender Förderlücken. Die Erwachsenenbildung gilt es als 4. Säule des österreichischen Bildungssystems zu etablieren. Denn noch immer gilt: Je höher ein Bildungsabschluss, umso höher die Partizipation und die

betriebliche Unterstützung bei innerbetrieblicher Weiterbildung. Unternehmen müssen verstärkt alle Mitarbeiter:innen bei betrieblicher Weiterbildung unterstützen. Dies gilt vor allem für formal gering qualifizierte Menschen. Z.B. ist das Nachholen eines Berufsabschlusses eine kosten- und zeitintensive Angelegenheit, die über 6.000 Euro kosten kann und im Regelfall individuell vorfinanziert werden muss, da Bildungsförderungen vielfach erst nach Erlangung eines Abschlusses zum Tragen kommen.

DIE AK OBERÖSTERREICH FORDERT:

- **kostenfreies Nachholen von Lehrabschlüssen sowie die Übernahme der Kosten für die am 2. Bildungsweg anfallenden Prüfungsgebühren.**
- **die bundesweite Anerkennung von im Berufsleben erworbenen Kompetenzen und Fähigkeiten für den Erwerb eines Lehrabschlusses (Modell „Du kannst was!“).**
- **die kostenlose, qualitätsgesicherte Kompetenzfeststellung und -anerkennung in Österreich.**
- **keine Verschärfungen bei der derzeitigen Bildungskarenz, z.B. durch Erhöhung der Wochenstunden oder Rückzahlungsverpflichtungen.**
- **ein neues, existenzsicherndes Qualifizierungsgeld: Ein Stipendium mit Rechtsanspruch für berufliche Neu- und Umorientierung.**
- **die Rücknahme der Kürzungen beim oö. Bildungskonto.**

Kompetenzen in den Vordergrund – Abkehr von der Defizitperspektive

Es gilt, verstärkt neue Wege außerhalb des formalen Bildungssystems zu denken und bereits vorhandene Berufspraxis und Kompetenzen zu validieren. Das vom Land OÖ finanzierte oberösterreichische Sozialpartner-Projekt „Du kannst was!“ zeigt, dass die Anerkennung von Berufserfahrung, nonfor-

mal und informell erworbener Kompetenzen die Selbstbilder der betroffenen Personen positiv beeinflusst und zur Motivation für Weiterbildung beiträgt. Es gilt, die gesetzlich geschaffenen Möglichkeiten der Kompetenzanerkennung mit Leben zu erfüllen, transparente Anerkennungsverfahren und -strukturen zu schaffen und eine gesicherte Finanzierung für Validierungsverfahren zu gewährleisten.

DIE ARBEITERKAMMER IN LINZ UND DEN BEZIRKEN

Beratung, Vertretung und Einsatz für Ihre Interessen

AK Oberösterreich, Volksgartenstraße 40, 4020 Linz, Tel: +43 (0)50 6906

AK Braunau, Salzburgerstraße 29, 5280 Braunau, Tel: +43 (0)50 6906-4111

AK Eferding, Unterer Graben 5, 4070 Eferding, Tel: +43 (0)50 6906-4211

AK Freistadt, Zemannstraße 14, 4240 Freistadt, Tel: +43 (0)50 6906-4312

AK Gmunden, Herakhstraße 15b, 4810 Gmunden, Tel: +43 (0)50 6906-4412

AK Grieskirchen, Manglbürg 22, 4710 Grieskirchen, Tel: +43 (0)50 6906-4511

AK Kirchdorf, Hauptstraße 2, 4563 Micheldorf*, Tel: +43 (0)50 6906-4611

AK Linz-Land, Kremstalstraße 6, 4050 Traun, Tel: +43 (0)50 6906-5611

AK Perg, Hinterbachweg 3, 4320 Perg, Tel: +43 (0)50 6906-4711

AK Ried, Goethestraße 29, 4910 Ried im Innkreis, Tel: +43 (0)50 6906-4813

AK Rohrbach, Ehrenreiterweg 17, 4150 Rohrbach, Tel: +43 (0)50 6906-4912

AK Schärding, Schulstraße 4, 4780 Schärding, Tel: +43 (0)50 6906-5011

AK Steyr, Redtenbachergasse 1a, 4400 Steyr, Tel: +43 (0)50 6906-5116

AK Vöcklabruck, Ferdinand-Öttl-Str. 19, 4840 Vöcklabruck, Tel: +43 (0)50 6906-5217

AK Wels, Roseggerstraße 8, 4600 Wels, Tel: +43 (0)50 6906-5318

* wegen des Umbaus, ab Sommer 2024 wieder Sengsschmiedstraße 6, 4560 Kirchdorf